

#6: Das Politische immer wieder neu erfinden

Gigantische Umwälzungen haben unsere Lebensbedingungen wie nie zuvor in der Geschichte transformiert. Nur unsere Institutionen haben sich nicht verändert.

Michel Serres

Die Rückkehr des Politischen

»Der Staat [wird] in den aktuellen Krisen weitgehend als ›Retter‹ gesehen und kaum jemand fragt, ob und wie staatliche Politik zur Verursachung der Krisen beigetragen hat. Die existierenden politischen Institutionen und Instrumente scheinen grundsätzlich geeignet zur Bearbeitung der Krisen. Schließlich: Es scheint bislang wenig progressive Antworten in der aktuellen Krise zu geben. Die Massivität der Krise und die enormen Summen der staatlichen Rettungspakete lassen wenig Spielraum für Vorschläge, die jenseits von Stabilisierung und Hoffnung auf ein ›Anspringen des Wachstumsmotors‹ liegen. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass auch die Gewerkschaften und die meisten Parteien die dominanten Krisendeutungen teilen.« (Brand 2009: 4)

Dieser Text scheint genau auf die aktuelle Krise zuzutreffen. Er stammt aber aus dem Jahre 2009 und bezieht sich auf die damalige Finanzkrise. Offensichtlich werden hier Muster sichtbar, die für staatliche Krisenbewältigung und den Zustand des Politischen in akuten Krisenzeiten typisch sind – ganz so, wie Edgar Morin es in seiner Krisentheorie beschrieben hat: nämlich, dass die Krise zunächst einer Entpolitisierung Vorschub leistet. Das TINA-Syndrom – There Is No Alternative – verhindert jede ernsthafte Opposition. Das Vertrauen in die Institutionen und das Vertrauen in die Regierenden geht Hand in Hand. Wenn es nur *eine* richtige Antwort gibt, verschwindet

die Regierung hinter dem Staat, beginnt sie, das zu verwirklichen, was sie zwar anstrebt, in einer echten Demokratie aber nie erreichen kann und darf, nämlich die *reine Verkörperung* des Staates und des ungeteilten Volkswillens zu werden. In der ersten Phase der Coronakrise konnten wir diesen gesellschaftlichen Schulterschluss rund um die jeweilige Regierung in den meisten europäischen Ländern beobachten, wenn sich deren Regierende nicht gerade so bizarr wie Boris Johnson verhielten. Dabei fallen einige positive Entwicklungen auf, die bei näherer Betrachtung aber alle auch eine Kehrseite haben:

Auf Seiten der Bevölkerung:

- Allgemein gesteigertes Interesse an der Politik ebenso wie die Zunahme von Verschwörungsideologien;
- Vertrauen in Qualitätsmedien und gleichzeitig blinder Glaube an alle Gerüchte in den sozialen Medien.

Auf Seiten des politischen Establishments:

- Staatliche Politik wird wieder sichtbar und vertrauenswürdig, der Populismus ist vorübergehend zurückgedrängt; doch die Politik neigt dazu, die Bürger*innen zu bevormunden und Kritik als undenkbar hinzustellen;
- Eine bessere politische Qualität dank expertengestützter Entscheidungen, die dadurch zugleich als unantastbar dem politischen Diskurs entzückt werden.

Die am meisten umkämpfte Konfliktlinie ist dabei die Frage der Einschränkungen der persönlichen Freiheit, die von vielen als notwendig und vernünftig gesehen werden, um die Pandemie einzudämmen, von anderen aber als Verletzung der Grundrechte und unzulässige Einmischung des Staates kritisiert werden, während wieder andere diese Problematik ausnutzen, um gleich das Kind mit dem Bade auszuschütten und das demokratische System samt seiner ›Coronalüge‹ infrage stellen.

Eine neue Politisierungswelle?

Rufen wir uns die ersten Wochen der Coronakrise im Jahr 2020 noch einmal ins Gedächtnis. Sie brachten nicht nur Angst und Unsicherheit, Unglauben

und Resignation, sondern auch ein gesteigertes Informationsbedürfnis, heftige Debatten im privaten Kreis, in Leserbriefen und Blogs und allen sozialen Medien. Man saß täglich gebannt vor dem Fernseher und verfolgte die Nachrichten der staatlichen Sender. Die Zeitungen, und vor allem die Qualitätszeitungen, erfreuten sich ebenso einer überraschenden Beliebtheit. Plötzlich war Politik wieder wichtig, zumindest alles, was mit Corona zusammenhing – es betraf einen ja selbst. Und wir spürten, dass wir alle gemeinsam betroffen waren. In leidenschaftliche Diskussionen wurden die Krise im Allgemeinen, besonders aber die Entscheidungen der jeweiligen Regierung beurteilt. Sind sie angemessen und verhältnismäßig? Sollte man die Situation so oder ganz anders beurteilen? Wie vertrauenswürdig schätzen wir die Expert*innen ein, die die Regierung aufbietet?

Corona brachte somit ein zumindest vorübergehendes Ansteigen des politischen Interesses breiterer Teile der Gesellschaft und daher auch oft erbitterte Meinungskämpfe. Zugleich aber schien der allergrößte Teil der Bevölkerung den Maßnahmen der Regierung zuzustimmen, und die meisten Menschen sahen weder Grund zu Opposition noch zu Eigeninitiative. Es scheint einen Moment lang, zumindest in den mitteleuropäischen Staaten, ein von unten geduldeter freundlich-patriarchalischer Regierungsstil vorgeherrscht zu haben. Jener Teil der Bevölkerung hingegen, der prinzipiell gegen die Corona-Politik ist, begründet dies mit den abstrusesten Behauptungen und geht sogar so weit, die Existenz des Virus und die Notwendigkeit des Schutzes zu leugnen. Dies allerdings ist eine Debatte, die sozusagen außerhalb des Politischen stattfindet und dennoch zu einem politischen Faktor wird. Darin besteht die eigentliche Gefahr der Entstehung von ›Parallelgesellschaften‹, vor der Politiker*innen gewisser Couleurs heute im Hinblick auf Migration warnen.

Trotzdem ist die Politisierung durch oder rund um Corona bemerkenswert und wichtig, hat sie doch offensichtlich mehr und andere Bevölkerungsgruppen erfasst als ökologische und humanitäre Bewegungen. Wir konnten erleben, wie viele Leute sich selbst Gedanken machen, sich informieren, austauschen, politische Leidenschaft entwickeln – auch wenn wir andere Informationsquellen für vertrauenswürdiger halten und unsere politischen Leidenschaften anders gepolt sind. Wir müssen uns auch hüten, die sozialen Medien pauschal zu desavouieren – das sind Tribünen, die allen offenstehen, die sonst nicht gehört werden. Es sind Medien für Subalterne, in denen sie endlich *sprechen* zu können meinen.

Woher dieses plötzliche politische Interesse? Die längste Zeit hatten sehr viele Menschen den Eindruck, dass die Politik sie eigentlich nichts angehe, da sie ihr Leben gar nicht betreffe, oft kombiniert mit dem vagen Gefühl, dass, wenn überhaupt Politik gemacht werde, sie jedenfalls nicht *für* sie gemacht werde. Diese soziologisch als ›Politikverdrossenheit‹ abgestempelte Einstellung schien mit einem Mal verschwunden oder zumindest verändert zu sein – sie ist allerdings sofort wieder aufgetaucht in Gestalt der abenteuerlichsten Verschwörungsmythen und der pauschalen Ablehnung aller Maßnahmen von Regierung und Behörden, die als Schutz vor der Pandemie getroffen wurden. Dennoch gilt es festzuhalten: Der Streit darum, was wahr ist und was falsch ist, und damit auch, was seriöse Nachrichten und was *fake news* sind, gehört zu den Grundcharakteristika jeder lebendigen Demokratie. Natürlich besteht damit immer die Gefahr, dass Fehltritte gefällt werden, ja, dass sich absurde und menschenverachtende Positionen als *common sense* durchsetzen. Jede Demokratie, das gehört zu ihrem Wesen, ist von innen heraus gefährdet, und deshalb muss immer aufs Neue um sie gekämpft werden.

Allerdings war bzw. ist auch das Verhalten der Regierenden (hier auf Europa beschränkt) zumindest ambivalent. In Ländern wie Deutschland oder Österreich haben sie im Frühjahr 2020 schnelle Entscheidungen gefällt, ohne opportunistisch auf mögliche negative Reaktionen zu achten. Sie haben diese Entscheidungen ausführlich begründet (was nicht heißt, dass man immer zuzustimmen hätte), es waren auch viele mutige, vorher kaum denkbare Beschlüsse, ohne Rücksicht auf die vorherrschende neoliberale Ideologie. Das betrifft vor allem Einschränkungen der Bewegungsfreiheit aus Gesundheitsgründen, die Lahmlegung des öffentlichen Lebens und hohe finanzielle Absicherungen für die Betroffenen (deren konkrete Ausgestaltung auch viele Kritiker*innen auf den Plan gerufen hat). Freilich haben unsere Regierenden auch alles getan, ihre Entscheidungen als unausweichlich und die einzig richtigen hinzustellen. Die Inszenierungen von Pressekonferenzen mit Expert*innen, das Ausmalen von *worst-case*-Szenarien, der Einsatz von Grafiken und Statistiken – das alles sollte uns beeindrucken und überzeugen, und es hat seine Wirkung im Allgemeinen auch nicht verfehlt. Aber alle noch so geschickte ›politische Kommunikation‹, wie der euphemistische *terminus technicus* lautet, wäre vergebens gewesen, hätten wir nicht – aufgrund der Bedrohung durch Covid-19 – bereits vorab das Gefühl von *tua res agitur* (Es geht um deine eigenen Angelegenheiten) gehabt und damit die Bereitschaft, auch drastische Maßnahmen zu akzeptieren.

Unsere Politiker*innen wollten und wollen uns freilich nicht nur von der Richtigkeit der von ihnen getroffenen Maßnahmen überzeugen, was vollkommen legitim ist, sondern auch davon, dass ihre Art des Regierens richtig, ja die einzig richtige ist. Das Aufgebot an Expert*innen ist in dieser Hinsicht bezeichnend. Während viele Wissenschaftler jahrelang klagten, wie beratungsresistent die Sphäre der Macht sei, füllten sich die Vorräume der Minister*innen nicht nur mit unglaublich vielen Fachleuten, sondern diese Fachleute wurden – zwar mit leicht unterschiedlichen Inszenierungen in verschiedenen Ländern – immer wieder medial in Szene gesetzt, um die Richtigkeit und Alternativlosigkeit der Regierungspolitik sinnfällig zu demonstrieren. Wo allerdings Alternativlosigkeit beginnt, hört Demokratie auf.

Diese scheinbare Alternativlosigkeit dürfte auch ein Grund sein, warum das durch Corona geweckte politische Interesse (noch) nicht in ein eigenständiges politisches Handeln umschlägt (wenn man von den Massenprotesten absieht, die z.B. in Deutschland ab dem Sommer 2020 die so genannten ›Corona-Gegner‹ veranstalteten und dabei Gefahr liefen, von rechtsradikalen Gruppen unterwandert zu werden). Wenn wir mit Jacques Rancière (2008) von einer Politisierung – also der (ständigen) Neuerfindung des Politischen – dann sprechen können, wenn diejenigen, von denen man erwartet, dass sie schweigen, zu sprechen beginnen, und wenn sie über Dinge zu sprechen anfangen, von denen bislang galt, dass sie nicht zur Sphäre des Politischen gehören, dann hat das steigende Politikinteresse in der Coronakrise dieses Niveau offenbar noch nicht erreicht. Rancières Befund trifft hingegen auf die wichtigste politische Bewegung vor der Krise, *Fridays for Future*, zu, ebenso wie auf die anti-rassistischen Proteste (*Black Lives Matter*), die Ende Mai bzw. im Juni 2020 nicht nur in den USA, sondern auch in ganz Europa sich überraschend stark bemerkbar machten. Es ist allerdings durchaus denkbar, dass die aktive Corona-Politisierung nun in den sozialen Auseinandersetzungen um die Frage, wer die ökonomischen Lasten der Krise tragen soll, zum Ausdruck kommt.

Denn so unerschütterlich, wie es in den März- und Apriltagen des Jahres 2020 war, ist das Vertrauen in die Politik nicht geblieben. Da hilft auch das Aufgebot an Wissenschaftler*innen nicht. Gedacht als Demonstration der Stärke, offenbarte der Rückgriff auf das Expertentum nämlich zugleich die Schwäche der Politik – fehlende Kompetenz gerade in jenen Angelegenheiten, die die große Masse endlich einmal als für sie relevant einstuft. Die permanente mediale Präsenz, die ständig neuen Entscheidungen, je nach Entwicklung der Epidemie, erhöhen zwar den Eindruck von Authentizität und

Glaubwürdigkeit, offenbaren aber auch die Machtlosigkeit der Politik – nicht nur angesichts des Virus' selbst, sondern auch angesichts der vielen großen *player* in dieser globalen Auseinandersetzung.

Corona hat damit die Mechanismen (nationalstaatlicher) Politik in Zeiten der Globalisierung zugleich sichtbar gemacht und auch wieder zugedeckt. Corona hat bewusst gemacht, dass Politik, ganz besonders im nationalen Rahmen, relativ wenig ausrichten kann. Im Grunde wurde klar, wie sehr wir – gerade in der Gesundheitsversorgung – auf andere Staaten und einen gut funktionierenden globalen Austausch angewiesen sind. Zugleich haben die, zumindest zu Krisenbeginn oft sehr entschlossenen, nationalen politischen Entscheidungen diesen Eindruck wieder verwischt. Wurde doch – durch die Inszenierung dieser Politik mit großer Geste – Tatkraft zur Schau gestellt und so die Illusion eines unbeschränkt autonomen nationalstaatlichen Handelns aufrechterhalten. Der positive Nebeneffekt: Die politische Selbst-Inszenierung der Regierenden als große Macher in schwierigen Zeiten hat bei vielen Menschen wieder den Wunsch nach echter Politik geweckt. Veränderungen sind möglich, das haben wir alle erlebt. Und so sind wir auf den Geschmack gekommen. Diese Erfahrung werden wir nicht so schnell vergessen.

Der politische Wille zur politischen Ohnmacht

Denn diese Erfahrung steht im absoluten Widerspruch zur bisher vorherrschenden Praxis. In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten haben wir – unter dem Einfluss der neoliberalen Ideologie – eine Aushöhlung des Politischen durch die Politik selbst erlebt. Wie oft haben wir gehört, dass die Gesetze des Marktes eben zu der und der Maßnahme zwingen, sonst könnten wir dem ausländischen Konkurrenzdruck nicht standhalten, und überhaupt schränke die Globalisierung mit dem Erstarken von transnationalen globalen Playern den Gestaltungsspielraum der einzelnen Nationalstaaten ein. Das ist zwar richtig, aber doch nur die eine Seite der Medaille. Denn die staatliche Ohnmacht gegenüber internationalen Konzernen ist staatlich gewollt und staatlich herbeigeführt worden, durch Gesetze zur Liberalisierung des Handels und vor allem des Finanzmarkts. Diese Bestimmungen gehen mitunter so weit, dass die Handelsfreiheit über soziale Rechte und die Gesundheitsinteressen der jeweiligen Bevölkerung gestellt werden kann. Internationale Handelsabkommen erlauben es Großkonzernen oft, Regierungen wegen Ge-

schäftsschädigung zu klagen, wenn diese soziale und ökologische Maßnahmen zum Schutz der eigenen Bevölkerung setzen. Die Folgen? Die Ausdünnung von Sozialleistungen und der Gesundheitsvorsorge – was sich jetzt in der Coronakrise in Form von Knappheit an Notbetten und Ausrüstung der Spitäler in vielen Ländern äußerte.

Dieser starke Rückzug des Staates – und damit der politischen Einflussmöglichkeiten auf das gesellschaftliche Leben – hat sich hauptsächlich auf die Lenkung der Wirtschaft bezogen. Die relative Ohnmacht der Politik ist nun selbst das Resultat einer bestimmten Politik, wie sie von Kritiker*innen des Neoliberalismus ausführlich beschrieben wurde. Aber das ist noch nicht alles. Inzwischen ist, eben befördert durch diese Politik, die Macht transnationaler Konzerne so groß geworden, dass ihnen Nationalstaaten, auf sich alleine gestellt, selbst bei größeren legislativen Spielräumen schon längst nicht mehr die Stirn bieten können.

Auch das Aufkommen des Populismus ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Er ist – auch – eine Auflehnung gegen eine Politik, die nur die Interessen der Konzerne bedient und bei der einfache Menschen auf der Strecke bleiben. Der Populismus verspricht, das zu ändern. Was er meist bietet, sind allerdings Ersatzbefriedigungen. Wenn es schon nicht für uns besser wird, so zeigt man uns zumindest Sündenböcke und Feindbilder, die man uns als Verursacher der unbegriffenen Verhältnisse darstellt. Du möchtest Sicherheit in unsicheren Zeiten? Eigentlich können wir dir keine geben, aber wir können dir sagen, wer an deiner Unsicherheit Schuld trägt – und da präsentieren wir dir keinen starken Gegner, gegen den jeder Widerstand zwecklos wäre, sondern lieber jemanden, den wir effektiv bekämpfen können – Migrant*innen, Geflüchtete, Moslems, Jüdinnen und Juden – einfach *Anderer*, all jene, die man zu *den Anderen* stempeln kann. Somit wird auch der Populismus ein Teil der Politik des Spektakels, die die reale Politik vielfach ersetzt zu haben scheint. Er bietet Theaterdonner statt wirklichem Handeln – Ausdruck und Verschleierung der oben beschriebenen politischen Ohnmacht zugleich.

Andrerseits hat das Handeln der Regierungen auch gezeigt, dass ihnen immer noch ein relativ bedeutender Handlungsspielraum bleibt. Wenn auch immer weniger in Bezug auf globale Ökonomie und Politik Einfluss genommen werden kann (auch nicht auf ihre oft fatalen Folgen für das eigene Land), so zeigen alle Maßnahmen der Coronakrise, sowohl die Einschränkungen der Wirtschaft und des privaten Lebens wie auch die Sozialpolitik, dass die Politiker*innen der Nationalstaaten immer noch bedeutungsvolle und spürbare Politik machen können. Die Frage, warum ein derart entschlossenes Han-

deln angesichts der viel größeren Klimakrise nicht erfolgt ist, stand schnell im Raum. Denn jetzt ist ein Exempel da, das allen vor Augen führt, dass auf der Ebene des Nationalstaats auch in Zeiten der Globalisierung noch Politik gemacht werden kann.

Politik und Wissenschaft: der ambivalente Aufstieg der Expert*innen

In der Coronakrise wurde die Bedeutung von Expert*innen für politisches Handeln für alle sichtbar, und sie hat, vor allem, was die Gesundheitspolitik betrifft, sich eine neue Qualität erreicht. Doch natürlich ist es nicht neu, dass sich die Politik der Expertise der Wissenschaft bedient. Allerdings gibt es offensichtlich Konstellationen, in denen sich eine Regierung gerne der Expertise bedient und den Rat der Wissenschaft sucht (Umgang mit dem unbekannten Virus), und solche, in denen die Meinung der ExpertInnen höchst unwillkommen ist und nicht beachtet wird, weil die Politik bereits aus prinzipiellen (ideologischen) Erwägungen vorab eine andere Entscheidung gefällt hat. Ein Beispiel aus Österreich wären die so genannten obligatorischen Deutschförderklassen, die die Regierung 2018 gegen den Rat aller einschlägigen Wissenschaftler*innen und gegen den erbitterten Widerstand eines Teils der Lehrkräfte eingeführt hat – angeblich eine Maßnahme der Integration, für viele ein Akt der Segregation.

Eine stärkere Einbeziehung der Wissenschaft in die Politik ist aber im Prinzip auf jeden Fall zu begrüßen. Der französische Philosoph Michel Serres hat 2009, angesichts des Umgangs mit der Finanzkrise, eine Aufwertung der Rolle der Wissenschaft gefordert und festgestellt: »Es sind also zwei Gruppen von Personen im Spiel: eine Gruppe von Expert*innen, die über das Wissen verfügen, aber nicht gewählt sind. Und eine Gruppe von Gewählten, die nicht über das Wissen verfügen. Um weiterzukommen, muss eine Neugestaltung dieser beiden Profile vorgenommen werden.« (Serres 2009)

Damit ergeben sich aber auch zwei Problematiken, die nun wieder deutlich sichtbar geworden sind: Expertentum bedeutet nicht, im Besitz der Wahrheit zu sein, sonst würden sich nicht z.B. die Gesundheitsfachleute in den politischen Beratungsgremien so häufig widersprechen. Ferner: Es gibt eine schwer zu bestimmende, immer neu festzulegende Grenze zwischen der Aufgabe der Politik, von der Wissenschaft etablierte Fakten zur Kenntnis nehmen und sich nicht darüber hinwegzusetzen, und der Aufgabe, Befunde zu interpretieren, und z.B. gesundheitliche und volkswirtschaftliche Aspekte gegen-

einander abzuwägen. Der Primat der Politik muss also erhalten bleiben. Umgekehrt darf er aber nicht als Vorwand dienen, begründete Einsprüche der Fachkräfte zu ignorieren.

Die zweite Problematik ist die Rolle von Expert*innen in der Zivilgesellschaft. Die Tatsache, dass Wissenschaftler*innen in ihrer Rolle als Bürger*innen mit Fachwissen auftreten und politische Forderungen stellen, gerade auch dann, wenn diese im Widerspruch zur jeweiligen Regierungspolitik stehen, ist äußerst wichtig für eine lebendige Demokratie:

»Einige soziale oder kulturelle Bewegungen räumen der Präsenz von Wissenschaftlern, die ihre Fähigkeiten in den Dienst etwa humanitärer, ökologischer, atom- und globalisierungskritischen Anliegen stellen, einen großen Stellenwert ein. Sie zeigen durch ihr Engagement, dass Vernunft und Wissen auf Seiten des Protests stehen können, und nicht nur auf der Seite von Macht und Ordnung, und sie kommen sowohl aus den Sozialwissenschaften wie aus den harten Wissenschaften.« (Wieviorka 2009: 196)

Ein aktuelles Beispiel ist der »Referenzplan als Grundlage für einen wissenschaftlich fundierten und mit den Pariser Klimazielen in Einklang stehenden Nationalen Energie- und Klimaplan für Österreich« (Ref-NEKP), den über siebenzig ExpertInnen der Klima- und Transformationsforschung aus dem österreichischen Klimaforschungsnetzwerk CCCA, dem Projekt UniNEtZ der Allianz Nachhaltige Universitäten in Österreich, der Kommission Klima und Luftqualität der ÖAW, sowie weiteren Partnerinstitutionen seit April 2019 im Rahmen des Projekts UniNEtZ SDG 13 ausgearbeitet haben. (<https://ccca.ac.at/wissenstransfer/uninetz-sdg-13-1>) Diese Gruppe hat nicht versucht, mit wissenschaftlicher Autorität politische Entscheidungen »vorschreiben«, sondern sie hat Szenarien entwickelt, die auf die Folgen des jeweiligen Handelns aufmerksam machen. Damit hat sie nicht nur der Politik Grundlagen für Entscheidungen geboten. Sie hat auch der Zivilgesellschaft Informationen geliefert, anhand derer sie das Handeln der Regierung besser beurteilen kann – ein Schritt hin zu mehr Demokratie.

Die Zukunft: Anthropolitik

Der Philosoph Edgar Morin hat – als Konsequenz seiner Kritik an der bestehenden Politik in der multiplen Krisensituation – ein neues Paradigma der Politik eingefordert, das er *Anthropolitik* oder auch *Politik der Zivilisation* nennt. Eine solche »menschliche Politik« hat ihm zufolge das große Gesamtziel, allen geopolitischen Spannungen zum Trotz eine solidarische »Menschheitspolitik« zu realisieren (vgl. Morin 2002: 43; vgl. auch Morin 2007). Er tritt damit für eine »mehrdimensionale« Politik ein, die das große Ganze der menschlichen Entwicklung unter den Bedingungen der Globalisierung und der zahlreichen Bedrohungen des menschlichen Lebens im Auge behält und entsprechend handelt. Die Biosphäre sei zu einem Politikum geworden. Und die Dimension der Zukunft müsse in der Politik einen zentralen Platz erhalten, was keineswegs das Ende der Konflikthaftigkeit des Politischen bedeute, sondern bloß eine neue Arena eröffne.

Das Politische muss also immer wieder neu erfunden werden – von immer neuen sozialen Gruppen, die bislang untätig oder ausgeschlossen waren; unter Einbeziehung immer neuer Themen, die bislang unbeachtet blieben und nicht als politikfähig gegolten haben; aber eben auch in seiner Gesamtdimension – als Politik zur Erhaltung und förderlichen Gestaltung des menschlichen Lebens auf dem Planeten Erde, planetare Politik. Das wirft auch die Frage nach dem inneren Handlungsspielraum der Politik auf, konkret: wie das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit, das durch die Corona-Pandemie in den Mittelpunkt vieler Auseinandersetzungen geraten ist, zu gestalten ist.